

Dipl.-Volkswirtin, Dipl.-Kauffrau Evelin Michaelis

# Schulden der öffentlichen Haushalte 2001

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zum 31. Dezember 2001 untergliedert nach den Haushaltsebenen Bund und Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gv. und Zweckverbände. Daneben werden die Schuldenneuaufnahmen nach Laufzeit und Schuldentilgung dargestellt. Anhand einer Übersicht über die Schulden je Einwohner kann ein Regionalvergleich innerhalb Deutschlands durchgeführt werden.

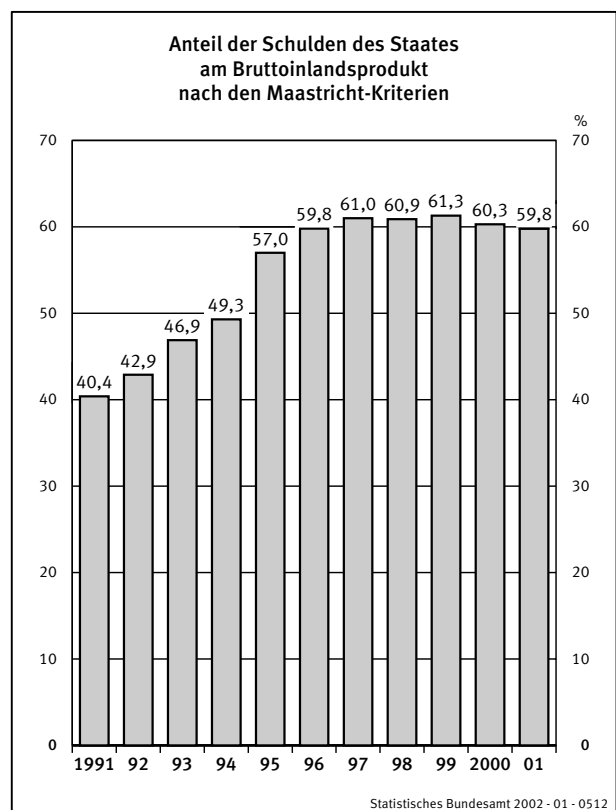
Zum Jahresende 2001 waren die öffentlichen Haushalte mit 1 203,9 Mrd. Euro nur geringfügig höher als im Vorjahr verschuldet (+ 0,5%). Allein auf der Länderebene war ein stärkerer Zuwachs (um 7,4%) zu verzeichnen.

Das Maastricht-Kriterium „Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt“ ist mit einem Wert von 59,8% erfüllt.

## Vorbemerkung

In der Europäischen Union als Stabilitätsgemeinschaft kommt der statistischen Beobachtung der öffentlichen Schulden eine ganz besondere Bedeutung zu.

In Deutschland nahm die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in den 1990er Jahren durch die finanziellen Belastungen der deutschen Vereinigung sehr stark zu, sodass zeitweise das im Stabilitätspakt der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion aufgestellte Kriterium für die Begrenzung der öffentlichen Schulden gefährdet war. Dieses Kriterium erfordert, den Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen dauerhaft unter 60% zu halten. Durch hohe Schuldentilgungen konnte dieses Ziel im letzten Jahr erreicht werden.



Betrachtet werden in diesem Beitrag nur die öffentlichen Schulden, die zur endgültigen Schließung einer Deckungslücke zwischen Einnahmen und Ausgaben nach Abschluss des Haushalts eingesetzt werden. Außer Acht bleiben die

Tabelle 1: Stand der öffentlichen Schulden<sup>1)</sup>

Schuldner	Stand am 31. Dezember					
	1999		2000		2001	
	Mill. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Bund einschließlich Sondervermögen .	764 576	+2,8	773 897	+1,2	756 375	-2,3
Bund <sup>2)</sup> .....	708 314	+45,2	715 627	+1,0	697 290	-2,6
ERP-Sondervermögen <sup>3)</sup> .....	16 160	-17,2	18 590	+15,0	19 446	+4,6
Fonds „Deutsche Einheit“ .....	40 102	-0,4	39 680	-1,1	39 638	-0,1
Länder .....	322 672	+2,5	333 187	+3,3	357 684	+7,4
Früheres Bundesgebiet <sup>4)</sup> .....	270 860	+2,0	278 359	+2,8	299 759	+7,7
Neue Länder .....	51 812	+5,3	54 828	+5,8	57 925	+5,7
Gemeinden/Gv. ....	83 936	-1,0	82 991	-1,1	82 669	-0,4
Früheres Bundesgebiet .....	68 353	-1,6	67 344	-1,5	67 041	-0,5
Neue Länder .....	15 583	+1,2	15 648	+0,4	15 628	-0,1
Zweckverbände .....	11 878	+12,0	8 070	-32,1	7 160	-11,3
Früheres Bundesgebiet .....	7 190	+19,6	7 303	+1,6	6 505	-10,9
Neue Länder .....	4 689	+2,0	766	-83,7	654	-14,6
Insgesamt ...	1 183 063	+2,5	1 198 145	+1,3	1 203 888	+0,5

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (= Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). – 2) Einschl. Lastenausgleichsfonds und einschl. der am 1. Juli 1999 mit übernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds „Steinkohle“ und des Erblastentilgungsfonds. – 3) Einschl. Entschädigungsfonds. – 4) Einschl. Berlin-Ost.

kurzfristigen Kassenkredite, die die Gebietskörperschaften im Laufe des Jahres zur Überbrückung kurzfristiger Lücken zwischen Kasseneinnahmen und -ausgaben in Anspruch nehmen.

## Überblick

Zum 31. Dezember 2001 waren die öffentlichen Haushalte in Deutschland mit 1 203,9 Mrd. Euro und damit nur geringfügig höher als im Vorjahr (+0,5%) verschuldet. Von den gesamten öffentlichen Schulden entfielen 62,8% (756,4 Mrd. Euro) auf den Bund und seine Sondervermögen, 29,7% (357,7 Mrd. Euro) auf die Länder, 6,9% (82,7 Mrd. Euro) auf die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) und 0,6% (7,2 Mrd. Euro) auf die kommunalen Zweckverbände. Die Verschuldung der Länder stieg im letzten Jahr kräftig um 7,4% an, während der Bund und seine Sondervermögen sowie die Gemeinden/Gv. und Zweckverbände ihre Gesamtverschuldung zurückführen konnten.

Außerhalb der von öffentlichen Haushalten selbst aufgenommenen Schulden weisen auch die selbstständigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen eine beträchtliche Verschuldung auf. Im Jahr 2000 konnte statistisch ein Volumen von über 500 Mrd. Euro festgestellt werden.

Im Folgenden werden ausschließlich die Schulden der kammal buchenden öffentlichen Kernhaushalte und der Sondervermögen des Bundes betrachtet.

## Bund und Sondervermögen

Zum Jahresende 2001 waren der Bund und seine Sondervermögen mit insgesamt 756,4 Mrd. Euro verschuldet, 2,3% weniger als im Vorjahr. Dies war in erster Linie darauf zurückzuführen, dass der Bund mit seinen Einnahmen aus der Veräußerung der UMTS-Lizenzen den größten Teil

seiner auf Vorkriegsschulden basierenden Ausgleichsforderungen und einige direkte Darlehen zurückzahlen konnte. Zum 31. Dezember 2001 war er noch mit insgesamt 697,3 Mrd. Euro verschuldet. Die Schulden seiner Sondervermögen stiegen dagegen letztes Jahr leicht um 1,4% auf 59,1 Mrd. Euro an.

Der weitaus größte Teil der Schuldtitel des Bundes und seiner Sondervermögen waren Wertpapiersschulden (90,1%). 8,0% waren direkte Darlehen, die Ausgleichsforderungen machten zum Jahresende 2001 nur noch 1,2% seiner Schuldverpflichtungen aus (Vorjahr: 5,7%).

Insgesamt nahmen der Bund und seine Sondervermögen 2001 am Kreditmarkt 166,7 Mrd. Euro neue Schulden auf. Da zugleich 174,4 Mrd. Euro Schulden im letzten Jahr zurückgezahlt wurden, errechnet sich per saldo eine Nettoschuldentilgung von 7,7 Mrd. Euro.

Von den im Jahr 2001 neu aufgenommenen Schulden hatten 27,1% eine kurzfristige (bis zu einem Jahr), 26,5% eine mittelfristige (über 1 bis unter 5 Jahren) und 46,4% eine langfristige Laufzeit (von 5 Jahren und mehr).

## Länder

Die Länder waren zum 31. Dezember 2001 mit insgesamt 357,7 Mrd. Euro verschuldet. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein außerordentlich kräftiger Anstieg um 7,4%. Besonders stark fiel der Anstieg in den Stadtstaaten (+10,7% auf 64,9 Mrd. Euro) und hier bei Berlin (+14,6%) aus. In den Flächenländern des früheren Bundesgebietes stieg der Schuldenstand um 6,9% auf 234,9 Mrd. Euro, in den neuen Ländern ergab sich dagegen eine etwas geringere Zunahme von 5,7% auf 57,9 Mrd. Euro.

Drei Viertel des gesamten Schuldenbestandes der Länder waren zum Stichtag Ende 2001 direkte Darlehen bei Banken, Sparkassen und ähnlichen Institutionen, ein Viertel

war in Form von Wertpapieren verbrieft. In den neuen Ländern lag der Anteil der Wertpapierschulden mit 35% deutlich höher.

Die Schuldenneuaufnahme der Länder betrug im Jahr 2001 58,1 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr war das eine Erhöhung um über 35%. Diese Entwicklung wurde durch die Flächenländer des früheren Bundesgebietes (+ 58,4%) und die Stadtstaaten (+ 35,9%) bestimmt. In den neuen Ländern dagegen fiel die Schuldenneuaufnahme um 15,8% niedriger aus als im Vorjahr.

Die Schuldentilgungen der Länder nahmen 2001 insgesamt um 3,4% auf 33,9 Mrd. Euro zu: Dabei wurden in den alten Ländern um 11,5% mehr, in den neuen Ländern dagegen 23,0% weniger Schulden als im Vorjahr zurückgezahlt.

Die aus Schuldenaufnahme und -tilgung resultierende, letztlich zur Deckung des Haushaltsdefizit benötigte Nettoneuverschuldung lag mit 24,2 Mrd. Euro mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr und erreichte 6,8% des gesamten Schuldenstandes.

Bei der Schuldenneuaufnahme in Höhe von 58,1 Mrd. Euro wurden zu 66,4% langfristige, zu 21,2% mittelfristige und zu 12,4% kurzfristige Laufzeiten vereinbart. Im Vergleich zum Vorjahr ist dabei eine Verschiebung von langfristigen zu kurzfristigen Schulden zu beobachten (um 5 Prozentpunkte).

Tabelle 2: Schuldenaufnahme und Schuldentilgung 2001<sup>1)</sup>  
Mill. Euro

Schuldner	Schuldenaufnahme		Schuldentilgung	
	zusammen	dar.: Wertpapiersschulden	zusammen	dar.: Wertpapiersschulden
Bund einschließlich Sondervermögen .....	166 705	152 737	174 434	110 660
Bund <sup>2)</sup> .....	145 074	139 738	153 019	101 693
ERP-Sondervermögen <sup>3)</sup>	3 011	1 751	2 362	-
Fonds „Deutsche Einheit“ .....	18 620	11 248	19 053	8 967
Länder .....	58 074	30 024	33 857	5 655
Früheres Bundesgebiet <sup>4)</sup> .....	49 071	24 730	27 951	4 379
Neue Länder .....	9 003	5 294	5 906	1 276
Gemeinden/Gv. ....	8 433	-	7 978	153
Früheres Bundesgebiet	6 691	-	6 201	51
Neue Länder .....	1 741	-	1 777	102
Zweckverbände .....	791	-	662	-
Früheres Bundesgebiet	744	-	587	-
Neue Länder .....	47	-	75	-
Insgesamt ...	234 004	182 761	216 931	116 468

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (= Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). – 2) Einschl. Lastenausgleichsfonds und einschl. der am 1. Juli 1999 mit übernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds „Steinkohle“ und des Erblastentilgungsfonds. – 3) Einschl. Entschädigungsfonds. – 4) Einschl. Berlin-Ost.

## Gemeinden/Gv.

Der Schuldenstand der Gemeinden/Gv. lag zum 31. Dezember 2001 bei 82,7 Mrd. Euro. Er ist sowohl in den alten (-0,5%) als auch in den neuen Ländern (-0,1%) leicht

zurückgegangen. Die Schulden der Gemeinden/Gv. sind fast ausschließlich direkte Darlehen bei Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditgebern (2001: 98,8%). Über die Ausgabe von Wertpapieren beschaffen sich die Gemeinden nur selten die benötigten Fremdmittel.

Die Schuldenneuaufnahme der Gemeinden/Gv. belief sich im Jahr 2001 auf 8,4 Mrd. Euro. Sie erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 8,7%, wobei der Anstieg in den alten (+ 10,5%) deutlich über demjenigen in den neuen Ländern (+ 2,3%) lag.

Mit 8,0 Mrd. Euro wurden etwas weniger Schulden als im Jahr 2000 getilgt: Im Westen war dabei ein Rückgang um 2,8% und im Osten eine Zunahme um 6,9% zu verzeichnen.

Per saldo nahmen die Gemeinden/Gv. 2001 etwa 455 Mill. Euro mehr Schulden auf als sie zurückgezahlt haben, während im Vorjahr netto noch Tilgungen in Höhe von 284 Mill. Euro erfolgen konnten. Aber auch im Jahr 2001 konnten die Gemeinden/Gv. einiger Länder den Stand ihrer in den Haushalten nachgewiesenen Schulden verringern (von relativ großer Bedeutung war das in Niedersachsen und dem Saarland). Bei der Schuldenneuaufnahme wurden zu 12,0% kurzfristige, zu 5,8% mittelfristige und zu 82,3% langfristige Verträge kontrahiert.

Auffallend ist bei den Gemeinden/Gv. der stark überproportionale Anstieg der Kassenkredite im letzten Jahr.

## Zweckverbände

Der Schuldenstand der kommunalen Zweckverbände erreichte am 31. Dezember 2001 7,2 Mrd. Euro, davon entfielen 6,5 Mrd. Euro auf die Zweckverbände in den alten und 0,7 Mrd. Euro auf die in den neuen Ländern. Im Vergleich zum Vorjahr sind statistisch für die Zweckverbände fast eine Mrd. Euro weniger an Schulden nachgewiesen. Zu einem großen Teil ist dieser Rückgang allerdings auf eine Reduzierung der Zahl der Zweckverbände infolge der Gebietsreform in den neuen Ländern sowie durch Umstellung auf kaufmännische Rechnungssysteme zurückzuführen.

## Öffentliche Schulden je Einwohner in den Ländern

Für den regionalen Vergleich nach einzelnen Ländern werden die Schulden des jeweiligen Landes, seiner Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände zusammengefasst, damit sich Unterschiede in der Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Ebenen nicht störend auswirken. Die Schulden des Bundes und seiner Sondervermögen (insgesamt durchschnittlich 9 200 Euro pro Einwohner) lassen sich regional nicht sinnvoll auf die Länder aufteilen und bleiben daher beim Vergleich unberücksichtigt.

Auf jeden Einwohner Deutschlands kommen rechnerisch 5 500 Euro Schulden. Von dem Gesamtbetrag entfallen 4 300 Euro auf die Länder, 1 100 Euro auf die Gemeinden/Gv. und 100 Euro auf die kommunalen Zweckverbände. Die geringste Pro-Kopf-Verschuldung hat Bayern mit 2 600 Euro,

Tabelle 3: Schuldenstand der Länder, Gemeinden/Gv. und Zweckverbände 2001<sup>1)</sup>

Land	Kreditmarktschulden	
	Mill. Euro	Euro je Einwohner <sup>2)</sup>
Flächenländer .....	382 645	4 997
Baden-Württemberg .....	39 505	3 741
Bayern .....	32 069	2 612
Brandenburg .....	15 326	5 901
Hessen .....	31 173	5 134
Mecklenburg-Vorpommern .	10 256	5 798
Niedersachsen .....	44 770	5 639
Nordrhein-Westfalen .....	111 341	6 178
Rheinland-Pfalz .....	23 960	5 929
Saarland .....	7 103	6 657
Sachsen .....	16 239	3 686
Sachsen-Anhalt .....	17 748	6 826
Schleswig-Holstein .....	18 518	6 626
Thüringen .....	14 639	6 044
Stadtstaaten .....	64 868	11 254
Berlin .....	38 350	11 332
Bremen .....	8 894	13 465
Hamburg .....	17 624	10 251
Insgesamt ...	447 513	5 518
Früheres Bundesgebiet ...	373 306	5 545
Neue Länder .....	74 207	5 380

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (= Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). – 2) Stand der Einwohnerzahlen: 30. Juni 2001.

die höchste unter den westdeutschen Flächenländern das Saarland mit 6 700 Euro. Im Osten stehen sich hier die Länder Sachsen mit 3 700 Euro und Sachsen-Anhalt mit 6 800 Euro gegenüber. Auf die Einwohner der Stadtstaaten kommen im Durchschnitt deutlich größere Beträge, die zwischen 10 300 Euro in Hamburg und 13 500 Euro in Bremen liegen. [uu](#)

## Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2002

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: N. N.  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Brigitte Reimann,  
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 20 86
- E-Mail: [wirtschaft-und-statistik@destatis.de](mailto:wirtschaft-und-statistik@destatis.de)

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage  
Part of the Elsevier Group  
Postfach 43 43  
72774 Reutlingen  
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50  
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35  
E-Mail: [destatis@s-f-g.com](mailto:destatis@s-f-g.com)

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

oder bei unserem Informationsservice  
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)